

40 Jahre Reinhold-Maier-Stiftung

Populismus als Herausforderung für die Politische
Bildung und die Aktualität der Maier'schen
Graswurzeldemokratie

Festvortrag von
Prof. Dr. Jürgen Morlok
Vorsitzender des Kuratoriums der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

22. April 2017
Schwabenlandhalle Fellbach

40 Jahre jung geblieben, 40 Jahre alt geworden ist die Reinhold-Maier-Stiftung, gegründet am 23.04.1977 in Stuttgart mit dem Ziel, durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürgerinnen und Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen sowie den südwestdeutschen Liberalismus zu pflegen und weiterzuentwickeln, einen Liberalismus, der eng mit dem Namen Reinhold Maier und Theodor Heuss verbunden ist.

40 Jahre sind eine lange Wegstrecke. Von 1977 bis 2017 ist viel geschehen und es hat sich viel verändert im politischen Baden-Württemberg. 6 Ministerpräsidenten, Hans Filbinger, Lothar Späth, Erwin Teufel, Günther Oettinger, Stefan Mappus und Winfried Kretschmann haben in diesem Zeitraum regiert auf der Basis einer absoluten CDU-Mehrheit, einer CDU/FDP-, einer CDU/SPD-, einer Grünen /SPD- und einer Grünen/CDU –Koalition. Aus der Sicht des Jahres 1977 eine unvorstellbare Entwicklung.

In dieser Zeitspanne musste das Land die Gemeinde- und Verwaltungsreform verdauen und die Herausforderungen des Rechtsstaates durch den RAF-Terror bestehen. Der Umweltschutz als neues Politikfeld kam auf die politische Agenda, privater Rundfunk und privates Fernsehen wurde zugelassen, die „Schlacht“ um das Kernkraftwerk Wyhl geschlagen, die regionale Wirtschaftsstrukturpolitik mit Technologietransfer, Existenzgründungshilfen und internationales Standortmarketing gefördert.

Und nicht zu vergessen: Die Bildungspolitik mit 40 Jahre lang währenden Diskussionen um die beste Organisationsform für Schulen, anstatt zu begreifen, dass die beste Bildungspolitik darin besteht, die Lehrer exzellent auszubilden, die Schulen gut auszustatten und den Familien klar zu machen, dass sie auch für den Bildungserfolg ihrer Kinder verantwortlich sind.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um die Vielfalt landespolitischer Diskussionen der letzten 40 Jahre zu beschreiben.

Nach der Landtagswahl 1976, die Hans Filbinger nochmals die absolute CDU-Mehrheit sicherte, erweckte ein landespolitisches Themenfeld plötzlich das Interesse der Regierenden, das bisher eher ein Kümmerdasein fristete, nämlich die „Politische Bildung“. Dieses neu erwachte Interesse führte letztlich zur Geburtsstunde der Reinhold-Maier-Stiftung.

Nach 40 Jahren sind alle Schweigeverpflichtungen verjährt, so dass ich Ihnen heute ein kleines landespolitisches „Staatsgeheimnis“ straflos verraten kann.

Nach Konstituierung des Parlaments und Bildung der neuen Landesregierung unter Hans Filbinger meldete sich der damalige Vorsitzende der CDU-Regierungsfraktion, Lothar Späth, bei mir und bat um einen Besprechungstermin, zu dem er selbst auch in mein Büro kommen wollte. Wir verabredeten einen Termin. Ich ließ die bescheidenen Räume der FDP-Oppositionsfraktion ordentlich aufräumen, um Platz für den hohen Besuch zu schaffen und ließ Kaffee auftischen. Lothar Späth kam gleich zur Sache. Er käme im Auftrag des Ministerpräsidenten, dem es ein großes Anliegen sei, durch politische Bildungsarbeit im Land die Demokratie zu festigen. Zu diesem Zwecke sollen die politischen Stiftungen der im Landtag vertretenen Parteien eine finanzielle Förderung erhalten. Er, der Ministerpräsident, wolle deshalb in den nächsten Landeshaushalt einen namhaften Betrag einstellen, allerdings nur, wenn alle im Landtag vertretenen Parteien im Vornherein dem zustimmen würden. Er, Lothar Späth, wolle jetzt die Meinungen der Fraktionen einholen. Seine Fraktion würde mitziehen und die Zustimmung der SPD-Fraktion habe er auch schon. Es käme jetzt also auf die FDP-Fraktion an.

Nach einer kurzen Ausführung meinerseits, dass der Staatsbürger ein verfassungsrechtlich verbrieftes Anrecht auf Information und politische Bildungsmöglichkeiten hat, erklärte ich, dass ich das Anliegen des Herrn Ministerpräsidenten nicht nur begrüße, sondern auch vollumfassend teile. Ich versicherte Lothar Späth, dass ich für die Zustimmung meiner Fraktion sorgen werde.

Allerdings müsse die CDU-Fraktion die Bedingung erfüllen, dass die FDP bei der Verteilung der Mittel fair behandelt wird. Auf seine Frage, was unter fair zu verstehen sei, antwortete ich: „Mindestens so viel wie die Freien Wähler, besser noch DM 30.000,00 mehr, weil die FDP im Landtag ist.“ Späth´s Miene wirkte nicht überrascht, eher ertappt. Seine Antwort war knapp: „Einverstanden. Sie haben mein Wort, sie können sich darauf verlassen.“ Damit war die Unterredung beendet.

Soweit die Vorgeschichte und jetzt zur Enthüllung des „Staatsgeheimnisses“.

Als Lothar Späth über die staatspolitische Bedeutung der politischen Bildung räsonierte, erinnerte ich mich an ein Treffen mit einem führenden Kommunalpolitiker der Freien Wähler während des Wahlkampfes 1976. Im Vorfeld der Wahl 1976 hatten damals die Freien Wähler nach intensiver und kontroverser Diskussion erklärt, nicht zur Landtagswahl anzutreten. Der bereits erwähnte Kommunalpolitiker der Freien Wähler erzählte mir mit bedeutender Miene, nach der Wahl müsse Filbinger den Freien Wählern dafür einen ordentlichen Stein in den Vorgarten werfen. Damit war der Zusammenhang und meine Antwort an Lothar Späth klar.

Denn es kam dann so, wie zu vermuten gewesen war: Neben den Stiftungen der damals im Landtag vertretenen Parteien wurde auch das Bildungswerk der Freien Wähler aus dem Landeshaushalt dotiert.

Aber dies war noch nicht die Geburtsstunde der Reinhold-Maier-Stiftung, eher die ersten Wehen.

Die bundesweit tätige und der FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung war damals wie heute mit einem Regionalbüro in Baden-Württemberg vertreten. Der damalige Büroleiter, der vom kommenden Geldregen hörte, war natürlich begeistert und erklärte mir, die zusätzlichen Mittel in die Programme der Friedrich-Naumann-Stiftung stecken zu wollen. Meine Antwort war ein klares Nein und ein Versprechen: Wir gründen eine selbständige Landesstiftung. Den Namen habe ich schon:

Reinhold-Maier-Stiftung. Das Ziel: Die Schärfung des landespolitischen Profils der Liberalen.

Und so kam es auch – zur Geburt der Reinhold-Maier-Stiftung.

Eine gute und richtige Entscheidung, 40 Jahre erfolgreiche Bildungsarbeit in der Tradition des südwestdeutschen Liberalismus belegen dies eindeutig.

Und auch für die Zukunft gilt: Politische Bildungsarbeit ist heute nötiger denn je.

Politische Bildung muss also einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass aus dem Bürger ein echter Staatsbürger wird, ein homo politicus, der seine Fähigkeiten einsetzt, um demokratische Verhältnisse in Staat und Gesellschaft zu erhalten, zu verändern oder auch herzustellen. Ein Staatsbürger, der einerseits die politischen Tugendwächter und Ordnungsrufener nicht zur Ruhe kommen lässt und andererseits den Denkfaulen und Patentrezeptinhabern den Schlaf raubt.

Die politischen Stiftungen leisten damit für das Gemeinwesen eine wichtige Arbeit. Sie sind somit Teil der politischen Kultur unseres Bundeslandes und der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb werden sie auch aus öffentlichen Mitteln gefördert.

Politische Bildungsarbeit ist Zukunftsgestaltung; sie muss dem gesellschaftlichen Pluralismus gerecht werden und ihn fördern. Pluralistische Demokratien stehen aber inzwischen immer mehr unter Druck, in der Welt, in Europa und in Deutschland, beschimpft von den Populisten der linken und rechten politischen Ränder.

Die Gründe für die Zunahme des Populismus sind offenkundig. Es geht um eine Vertrauenskrise des Staates. Und die hat konkrete Gründe: der schleppende Umgang mit der Schuldenkrise in der Eurozone; die Unfähigkeit Deutschlands und Europas, seine Grenzen zu schützen und gleichwohl die humanitären Herausforderungen der Flüchtlingshilfe zu bewältigen; das Entstehen rechtsfreier Räume in urbanen Brennpunkten einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft; die Erosion eines Bildungssystems, in dem neuerdings schon die Vergabe von Schulnoten als diskriminierend abgetan und Leistungsbereitschaft schon als eine Art Körperverletzung empfunden wird. Und schließlich eine politische Medienwelt, in der immer nur über Superreiche und schuldlos Gescheiterte geredet wird, nicht aber über jene riesige Mittelschicht, die täglich zur Arbeit geht, viel Steuern und hohe Abgaben zahlt, ihre Kinder großzieht, ihre Großeltern pflegt und abends müde und abgearbeitet nach Hause kommt.

So haben sich unsere Bürger die schöne neue globalisierte Welt nicht vorgestellt! Von Maß, Mitte und Menschenverstand kann doch da kaum noch die Rede sein. So sehen es viele. Dies gilt übrigens auch für diejenigen, die trotz ihrer Enttäuschung bei Wahlen den etablierten Parteien treu bleiben. Aber es gilt in noch viel stärkerem Maße für diejenigen, deren politische Bindung und oft auch Bildung gering ist: Schweigende Nicht-Wähler werden dann in Scharen zu Wählern rechtspopulistischer Parteien, und frustrierte Wähler der etablierten Parteien wechseln in großer Zahl ins extreme Lager.

Diese Wähler wieder zurück zu gewinnen und frustrierte Nichtwähler wieder zu aktivieren, wird zur Kernaufgabe jener Parteien, die man traditionell als die „bürgerlichen“ bezeichnet hat. Übrigens ein schöner Begriff, und treffender denn je. Den gerade die bürgerlichen Parteien müssen für einen Staat eintreten, der in seinen Kernaufgaben professionell, seriös und verlässlich funktioniert: Außenschutz, innere Sicherheit, bestmögliche Bildung, geordnete öffentliche Finanzen und Wirtschaftspolitik zur Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand von möglichst vielen Menschen. Das sind seine Kernaufgaben im Rahmen des Gesellschaftsvertrages zwischen Bürger und Staat. Und bürgerliche Parteien müssen

auch verhindern, dass sich eine politische Öffentlichkeit nicht zu sehr in jenen Herausforderungen festbeißt, die allein Randgruppen der Gesellschaft betreffen – und nicht die bereite Mittelschicht, die über 90 Prozent der Bevölkerung ausmacht. All dies ist in der Vergangenheit nicht genügend geschehen.

Und wir brauchen mehr Bürgerinnen und Bürger, die –wie der frühere Bundespräsident Walter Scheel es einmal treffend bezeichnet hat – „kritische Sympathie für ihren Staat aufbringen.“ Offene Gesellschaften und freiheitliche Demokratien müssen aktiv, kritisch selbstbewusst und engagiert unterstützt werden. Es gibt einen immer tiefer werdenden Riss zwischen zwei Gesellschaftsbildern: zwischen Bejahung von Heterogenität, Pluralität und Solidarität auf der einen und der Tendenz zu Homogenisierung, Radikalisierung und Isolation auf der anderen Seite. Um die Wertschätzung der pluralistischen Gesellschaft des Miteinanders zu sichern, sind auch neue Formate der politischen Bildungsarbeit, attraktive Aktionsmöglichkeiten und ein Bürgerbewusstsein, das um die Bedeutung von Partizipation in der Demokratie weiß, dringend notwendig.

Lange Zeit galten die sozialen Medien als das probate Mittel für mehr Partizipation und mehr direkte Demokratie. Ein Marktplatz der freien Ideen sollte das Internet einst werden. Ein Ort für offene Debatten, gelebte Demokratie mit unschlagbarer Reichweite. Und damit das möglich werde, hielten die Erfinder des Netzes den Zugang zum Austausch und Feedback in vielen seiner Ecken offen und anonym. Soweit der Traum.

Und nun zur Realität: Längst vergiften auf den gängigen Plattformen wie Facebook, Twitter oder Google rohe Beschimpfungen den sachlichen Dialog. Und auch in Onlineforen oder Kommentarspalten der Medien gilt: Was da gepostet wird, ist oft gesetzwidrig. Da wird die Nazi-Vergangenheit Deutschlands verherrlicht, zu Gewalt aufgerufen und nicht nur Politikern mit Mord gedroht.

Jeder, der einigermaßen mit einem Computer oder Smartphone umgehen kann, ist heute in der Rolle eines Zeitungs- oder TV-Journalisten, kann seine auch noch so kruden Ansichten auf quasi professionellen Standard massenhaft verbreiten – und bekommt Echo. Er ist auf einmal dadurch „wichtig“, dass andere ihm zustimmen.

Geradezu teuflisch wird dieser Vorgang durch die Praxis mancher Social-Media-Betreiber, im Hintergrund mit ihren perfekten Algorithmen die Vorlieben, in diesem Fall besonders die politischen, zu analysieren und den Nutzer mit Ansichten und Stellungnahmen anderer Netzbenutzer, die derselben Meinung sind, zu überschütten, so dass der Nutzer den Eindruck gewinnen muss, dass er von einer überwältigenden Mehrheit im Netz unterstützt wird. Der Nutzer befindet sich in einer „Echokammer“ – abweichende Meinungen werden ausgefiltert.

Wenn diese Technik dann noch von Populisten missbraucht wird für bewusst meinungsmachende Falschmeldungen, dann gerät die gute alte Informationswelt zu einem unkontrollierbaren Apparat der Desinformation für Autokraten und Despoten. Das Volk wird grenzenlos manipuliert, weil allgemein anerkannte Regeln nicht mehr angewandt werden können. Jeder hält seine Meinung für die einzig richtige, alles andere sind „alternative Fakten“.

Selbst die Technikgiganten geben zu, Schwierigkeiten zu haben, den Sturm an Belästigungen zu bändigen, ohne dabei die Meinungsfreiheit einzuschränken.

Den wirkungsvollsten Hebel aber haben Facebook, Twitter und Co. Sie müssen sich mit ihrer Medienmacht als Vertriebsplattform von Nachrichten - auch der gefälschten – angemessen verhalten und Verantwortung übernehmen für die Inhalte, die sie verbreiten. Facebooks jüngste Ankündigung, Fake-News in Deutschland gemeinsam mit dem Recherche-Netz Correctiv kennzeichnen zu wollen, ist da ein erster Schritt.

Nur die Wahrheit darf Vorfahrt erhalten. Ansonsten schlägt die offene Gesellschaft dann um in eine misstrauische Gesellschaft. Nur eine von allen Bürgerinnen und Bürgern aktiv getragene pluralistische Demokratie kann den Zusammenhalt wieder kitten.

Nach diesem Ausblick in die Zukunft will ich den Blick nochmals in die Vergangenheit richten und der Frage nachgehen, ob die politischen Konzepte des Südwestliberalismus, die mit den Namen Reinhold Maier und Theodor Heuss und mit den Begriffen Graswurzeldemokratie und Remstalpolitik verbunden sind, für die politische Gegenwart noch aktuell sind?

Diese Frage kann und muss bei einem solchen Jubiläum gestellt werden, denn Traditionspflege kann und darf kein Selbstzweck sein, sondern daraus muss Gestaltungskraft entstehen.

Ich will die Antwort anhand von drei Beispielen geben.

1.

Reinhold Maier hat stets dafür plädiert, dass die Politik unten anfangen muss. Der Sache nach war das ein klares Bekenntnis zur „Subsidiaritätslehre“, das in Maiers Worten so lautete: (Zitat) „Remstalpolitik erkennt unter gar keinen Umständen die Reihenfolge von oben nach unten an: Bund, Bundesland, Gemeinden. Zuerst muss unten alles gesund sein, die Gemeinden in Ordnung sein, dann können diese auch das Bundesland auf ihren Schultern tragen und die Bundesländer, in dieser Weise fest gegründet, ihrerseits wieder den Bund.“

Leider sieht die reale Lage der öffentlichen Finanzen heute ganz anders aus: Die Gesamtverschuldung des Bundes hat schwindelerregende Höhen erreicht. 13 von 16 Bundesländern hängen am Tropf des Länderfinanzausgleichs und in Nordrhein-

Westfalen sind viele Kommunen im Grunde pleite. Über die Staatsfinanzen der Länder der Eurozone will ich gar nicht erst sprechen.

Subsidiarität ist natürlich ein für den heutigen Liberalismus sehr zentrales Prinzip. Und wenn man Remstalpolitik als aktiv praktizierte Subsidiarität definiert, könnte dieses ohne Zweifel Aktualität für heutiges politisches Handeln beanspruchen.

Gerade die Liberalen haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, die Subsidiarität als politisches Prinzip wiederzubeleben, etwa in Bezug auf unser föderales System und im Hinblick auf eine notwendige Reform der Europäischen Union.

2.

Ein weiteres Beispiel ist die mittelständische Orientierung Maiers, die auch nicht wenig mit dem Remstal zu tun hat. Nicht von ungefähr meinte Friedrich Treffz-Eichhöfer in einem biographischen Portrait Maiers aus dem Jahre 1953, dessen Lehre (Zitat) „vom kleinen Eigentum, das hohe moralische Kräfte in sich birgt“, könne man im Remstal ganz konkret erleben. Nachdem die Null-Zins-Politik der EZB das „kleine Eigentum“ bereits noch kleiner gemacht hat, fordert dazu noch die Rot-Rot-Grüne Einheitsfront der Umverteiler aus Linke, SPD und Grüne die Wiedereinführung der Vermögenssteuer nach der nächsten Bundestagswahl. Die Wählerinnen und Wähler im Remstal – aber auch anderswo – werden am Wahltag darauf hoffentlich die richtige Antwort geben.

Es gibt viele Bekenntnisse Reinhold Maiers zum Mittelstand als der entscheidenden, die Wirtschaft und den Liberalismus tragenden Schicht, so in einem Spiegel-Interview von 1957: (Zitat) „Die Wählerschaft der FDP ist in unserem Lande auf jeden Fall durch einen soziologischen Bestandteil unserer Bevölkerung repräsentiert, ich möchte sagen, durch die Mittelschicht. Und zu dieser Mittelschicht gehört natürlich der Gewerbetreibende.“ Dazu passt seine immer wieder zum Ausdruck kommende Hochachtung vor dem Handwerk.

Maiers Konzept von der Mittelschicht war jedoch nicht auf das Handwerk beschränkt, sondern ging weiter darüber hinaus. Zu ihr gehörten für ihn – so im Spiegel 1957 – „der Industrielle.“ Und weiter: (Zitat) „Es gehört dazu aber gerade so gut der Landwirt und Bauer. Es gehört bei uns vielfach natürlich die Arbeiterschaft dazu, die ja oft eigenen Besitz hat, vor allem die bei uns so hoch qualifizierte Facharbeiterschaft. Es gehören dazu auch viele unselbständige Menschen, die sich aus dem Massendasein herausarbeiten wollen.“

Gerade der letzte Punkt dieses Zitats ist mir wichtig. Zeigt er doch, dass für Maier „Mittelstand“ oder „Mittelschicht“ zwar auch eine soziologische Kategorie, weit mehr aber noch eine Lebenseinstellung und Geisteshaltung war. Und diese Lebenseinstellung beschränkte sich weder damals auf den Mittelstand im soziologischen Sinne, noch tut sie dies heute. Sie kann vielmehr von allen, die leistungsbereit und mental aufgeschlossen sind, übernommen werden. Diese Maier´sche Interpretation deckt sich genau mit dem Wählermilieu, das die heutige FDP ansprechen und wiedergewinnen muss, wenn sie sich in der deutschen Parteienlandschaft auf allen Ebenen erfolgreich und dauerhaft etablieren will.

Es kann daher nicht verwundern, dass Maier unter dieser „liberalen Mittelschicht“ – wie ich sie einmal nennen will eben auch Unternehmer und Großunternehmer subsumierte. So stellte er im Jahre 1952 fest: (Zitat) „Der sozial gesinnte, sozial handelnde Unternehmer ist einer der zuverlässigsten Garanten der Demokratie, und wer um die Verwirklichung der Demokratie ringt, der muss einer staatsbejahenden Haltung der Unternehmer dieselbe Bedeutung beimessen, wie der demokratischen Grundhaltung der Gewerkschaften.“

Auch dieser Satz ist aktueller denn je. Auch und gerade vor dem Hintergrund der seit Jahren ablaufenden Finanz- und Wirtschaftskrise, wurde zu Recht die Frage nach der „corporate responsibility“ und „social responsibility“ gestellt. Oder einfach in Deutsch ausgedrückt: Die Frage nach dem „ehrbaren Kaufmann“.

Unternehmerpersönlichkeiten wie Robert Bosch, dessen Todestag sich am 12. März zum 75. Mal jährte, hatte wohl Reinhold Maier im Auge, als er den Typus des sozial gesinnten Unternehmers beschrieb. Deren ethische Vorstellungen vom unternehmerischen Handeln wäre mit den Aktivitäten mancher heutiger Marktteilnehmer, die zur weltweiten Wirtschaftskrise geführt haben, sicherlich nicht vereinbar gewesen.

Weiter heißt es in diesem Spiegel-Interview: (Zitat) „Auf wem steht unsere Wirtschaft? Sie steht auf drei Säulen: dem Wagemut, der Umsicht und der Geschäftserfahrung der Unternehmer, der Fachkunde und der Sachkenntnis der Kaufleute und Ingenieure und der Handfertigkeit und dem Fleiß unserer unnachahmlichen Facharbeiter.“ Gerade den Facharbeitern widmete Maier besondere Aufmerksamkeit. Wusste er doch, wie er 1966 auf einem Bundesparteitag der FDP formulierte: (Zitat) „Der Professor kommt nicht voran, wenn es an dem Mechaniker unter ihm mangelt.“ Er forderte deshalb seine Partei auf, ihre bildungspolitischen Reformbemühungen nicht nur auf die akademische Ebene zu konzentrieren, sondern auch hier „von unten anzufangen“.

In dieser Tradition stehen auch die bildungspolitischen Initiativen der Liberalen, die mit den Forderungen nach dem „Bürgerrecht auf Bildung“ und nach „Chancengleichheit und sozialer Aufstieg durch Bildung“ und mit den Namen Hildegard Hamm-Brücher und Professor Ralf Dahrendorf untrennbar verbunden sind.

Bei einem solchen Verständnis von Mittelschicht ist eine Partei, die die Interessen dieser Mittelschicht vertritt, dann natürlich niemals eine Klassen-, sondern ganz im Gegenteil eine Volkspartei, die hinter sich ein breites Spektrum von unterschiedlichen Sozialgruppen zusammenführt. Vor diesem Hintergrund ist der Liberalismus nicht gefangen in einer Klassenzugehörigkeit, sondern ist der Ausdruck einer Geistes- und Lebenshaltung, die individuelle Freiheit mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung verbindet, für die sich Menschen aller Schichten begeistern können.

3.

Und ich will noch einen dritten Beleg für die Tagesaktualität des Politikverständnisses von Reinhold Maier hinzufügen. In einer Rede über die „Aufgaben des Liberalismus heute“ aus dem Jahre 1954 heißt es: (Zitat) „An eine Mauer von Vorschriften und Gesetzen stößt täglich der Bürger. Türme von Behörden, Berge von Paragraphen sind aufeinandergeschichtet. Hat er Mauern und Türme und Berge umgangen oder überstiegen, so sieht der Bürger sich ausweglos in den Netzen eines erbarmungslosen, Arbeits- und Lebenserfolg zerstörenden Steuersystems.“ Das wurde wohlgermerkt zur Zeit des Wirtschaftswunders gesagt, als unser Sozialstaat noch relativ überschaubar war. Dennoch fuhr Maier damals fort: (Zitat) „Gerade in der Gesellschaftspolitik gälte es, mit eisernem Besen auszukehren, der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen, der Eigenfürsorge den Nacken zu steifen.“

Auf die Frage nach der politischen Aktualität Reinhold Maiers gibt es eigentlich nur eine Antwort: Daran gibt es keinen Zweifel! Es ging ihm und es geht uns heute darum, einen Staat zu bauen, der die Bürger nicht daran hindert, Dinge, die sie selbst erledigen können, auch selbst zu erledigen. Dazu gehört auch ein Steuersystem, das den Bürgern die finanzielle Kraft lässt, für sich und die Seinen zu sorgen. Über sein selbst verdientes Einkommen weitestgehend auch selbst disponieren zu können, ist nicht Klientelpolitik für die Oberschicht, sondern ein grundlegendes Freiheitsthema für alle. Mit hohen Steuern und Sozialabgaben die Sozialisierung von Lohn und Einkommen zu betreiben, wie es Wolfgang Haussmann, der frühere liberale Justizminister des Landes Baden-Württemberg, schon zu Beginn der 1960er Jahre beklagte, ist Gift für eine verantwortungsbereite Gesellschaft.

Und eine nachdenkliche und bedenkenswerte Weisheit Reinhold Maiers am Schluss.

Ihm war jegliche politische Abgehobenheit zutiefst zuwider. „Es mag einer noch so hoch gestiegen sein, er darf nicht vergessen, woher er selbst gekommen ist.“ So lautet ein vielzitiertes Ausspruch Reinhold Maiers aus seiner berühmten Schorndorfer Rede von 1959. In diesem Sinne wäre die politische Klasse gut beraten, etwas mehr Demut walten zu lassen, zumal das Auftreten mancher Politiker eher an die

Inszenierung der eigenen Bedeutungs- und Konzeptionslosigkeit erinnert als an die Umsetzung zielführender Gestaltungsmacht. Auf Dauer kann nämlich operative Hektik geistige Windstille nicht ersetzen.

Eine solch explizite Bodenhaftung war bei Reinhold Maier kein rhetorischer Kniff, um auf platte Weise Volksverbundenheit zu demonstrieren. Vielmehr sah er eine derartige Einstellung als Kernelement der volksparteilichen Tradition Südwestdeutschlands: „Es muss vom hohen Regierungs-Kothurn herabgestiegen werden und das Volk umworben, sein Vertrauen erbeten werden.“ Das ist eine der zentralen Botschaften in seiner Festrede zum 100jährigen Jubiläum der Demokratischen Volkspartei.

Solche Volksverbundenheit war etwas völlig anderes als berechnender Populismus, den sie heute in Deutschland, in Europa und auch in den USA besichtigen können. Für mich war und ist eines klar: Politik überzeugt durch Inhalt und Person. Wir brauchen in den Parteien immer genügend Frauen und Männer mit dieser Qualifikation, sonst wird die Schere zwischen politischer Erwartung und der Aufgabenerledigung immer größer mit der entsprechenden fatalen Konsequenz in den Wahlergebnissen. Oder anders formuliert: Wir brauchen sowohl politische Professionalität als auch Idealismus und Bürgernähe gleichzeitig, also eine Mischung, wie sie von Klaus Scholder einmal in Anspielung auf Reinhold Maier mit dem Bonmot „ebbes Bäck ond ebbes Doktor“ treffend beschrieben worden ist. Gerade die Liberalen fallen und stehen mit den Menschen, die politisch professionell arbeiten, aber auch gleichzeitig den Kontakt zum Bürger haben und mit dem Bürger reden und ihn von der Sache überzeugen können.

Nicht nur in Bezug auf die Schulung des eigenen politischen Nachwuchses, sondern auch in Sachen liberale Aufklärungsarbeit unter unseren baden-württembergischen Landsleuten hat die Reinhold-Maier-Stiftung noch viele Aufgaben zu bewältigen und steht damit vor großen Herausforderungen. Aber ich bin davon überzeugt, dass unsere Werte und Programme mindestens für weitere 40 Jahre tragen.